



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

291 (28.6.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-204158](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-204158)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich drei bis vier Mark, ...

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile Nr. 2. — woch. Nr. 10. —

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Die Ermittlung des Autos der Mörder.

□ Berlin, 28. Juni.

(Von unserem Berliner Büro.)

Von der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums wird heute vormittag, wie die „B. Z.“ meldet, folgende Meldung ausgegeben:

Der Kraftwagen, der von den Mördern des Außenministers Rathenau vermutlich bei der Ausführung der Tat benutzt wurde, ist gestern von der Berliner politischen Polizei ermittelt und sichergestellt worden. Dieses Auto ist am Donnerstag voriger Woche aus einem auswärtigen Ort nach Berlin gekommen und in eine Garage untergestellt worden. Am Samstag vormittag, an dem das Verbrechen verübt worden ist, ist der Wagen von dem Chauffeur geholt worden und wurde einige Stunden lang fort. Gegen Mittag ist das Auto wieder in die Garage gefahren; weder der Chauffeur noch sonst jemand anders hat sich seit dieser Zeit um den Kraftwagen gekümmert.

Der Kriminalkommissar, der diesen Wagen ermittelt hat, sorgte dafür, daß das Auto nach dem Polizeipräsidium gebracht wurde. Es stellte es sich heraus, daß der Wagen allerdings nicht die Farbe trägt, die er nach Aussagen der Augenzeugen haben soll. Er ist nämlich nicht blau-schwarz, sondern es handelt sich um einen Mercedeswagen.

Auch in der Nacht sind in Berlin mehrere Festnahmen und Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. In Hamburg ist der Leutnant a. D. Krull verhaftet worden, der auch in Verbindung mit dem Morde an Minister Rathenau gebracht wird.

Zu den Verhaftungen.

□ Berlin, 28. Juni. Ueber die weiteren Verhaftungen wird gemeldet: Oberregierungsrat Dr. Weiß, der mit seinem Stabe die ganze Nacht unterwegs war, hat zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Es handelt sich um Mitglieder von deutsch-slawischen Verbänden und von Personen, die sich aus ganz registrierten Kreisen zusammenschließen. Die in Frage kommenden Personen gehören unzweifelhaft einer Organisation an, die den politischen Mord auf ihre Fahne geschrieben hat. Die Polizei beschlagnahmte wichtige Schriftstücke, aus denen mit aller Klarheit hervorgeht, daß die Verhafteten in irgendeiner Zusammenhang mit den in den letzten Monaten begangenen Missetaten stehen.

Die Verhaftungen in Helsingfors, wobei drei Personen festgenommen worden waren, haben sich nicht aufrecht erhalten lassen, da es sich herausstellte, daß es sich tatsächlich um drei englische Seeleute handelt, die mit dem Mord an Rathenau nicht das geringste zu tun haben.

Heute vormittag wird in Berlin Kapitänleutnant a. D. Karl Tilleßen, der in Flensburg von Berliner Kriminalbeamten verhaftet worden war, eintrafen. Er wird sogleich nach seiner Ankunft einem eingehenden Verhör unterzogen und den Hauptzeugen gegenübergestellt werden. Es wird mit Bestimmtheit angenommen, daß Tilleßen, der, wie sich inzwischen herausgestellt hat, sich in den letzten Monaten mehrfach in Berlin aufgehalten hat, einigen der Verhafteten wohl bekannt sein muß. Tilleßen soll auch nach Kassel übergeführt werden, da gegen ihn der dringende Verdacht vorliegt, daß er dem Anschlag auf Scheidemann nahesteht und dessen Urheber ist.

Mutmaßungen über Rathenaus Nachfolger.

□ Berlin, 28. Juni. Der diplomatische Berichterstatter der „B. Z.“ schreibt über die Mutmaßungen zur Neubesehung des vorläufig vom Reichskanzler verwalteten Auswärtigen Amtes: Paris nennt den dortigen deutschen Botschafter Dr. Mangr als Kandidaten, der aber auf seinem Posten schlechthin unentbehrlich ist. Dann würde der deutsche Gesandte in Brüssel, Dr. Landsberg, genannt, weil er von Brüssel nach Berlin gereist war. Aber diese Reise erfolgte schon vor der Ermordung Rathenaus wegen der belgisch-deutschen Verhandlungen über die Ablösung der sechs Milliarden deutschen Marknoten in belgischem Besitz. Andere Kombinationen knüpfen sich an die Berliner Anwesenheit des Warschauer Gesandten Ulrich Kaufner und des Wiener Gesandten Dr. Pfeiffer. In Berliner politischen Kreisen und darüber hinaus spricht man von der möglichen Berufung des unabhängigen Breitscheid oder des Grafen Harry Reßler oder des Abgeordneten Stresemann.

Alle diese Mutmaßungen übersehen aber eine Schwierigkeit, daß es zur Zeit fast unmöglich ist, das Auswärtige Amt einem ganz neuen Mann anzuvertrauen. Es laufen derzeit zwischen den Entente-Regierungen, der Reparationskommission, dem Garantiekomitee und der deutschen Regierung höchst komplizierte Verhandlungen, die nur von einem Mann beherrscht und weitergeführt werden können, der an diesen Verhandlungen in allen Einzelheiten aktio von Anfang an teilgenommen hat. Diesen Einblick haben nur drei Männer der Reichsregierung: Dr. Birtz, Dr. Rathenau und Dr. Hermes. Es ist daher begreiflich, daß der Uebergang Dr. Hermes vom Reichsfinanzministerium ins Auswärtige Amt im Vordergrund der Erwägungen steht, zumal Hermes nebst Dr. Rathenau die besten Kenntnisse von der auswärtigen Diplomatie und gleichfalls eine große Verhandlungsgeschicklichkeit besitzt. Doch wird die Entscheidung über die endgültige Neubesehung wohl erst anfangs Juli fallen.

Bayern und die Ausnahmeverordnungen.

Erregte Debatten im bayrischen Landtag.

□ München, 28. Juni. Nach Erledigung kurzer Anfragen und Zustimmung zur Gewährung einer besonderen Beihilfe zu der Wirtschaftsbearbeitung der pfälzischen Beamten, Angestellten und Arbeiter begann der bayrische Landtag heute vormittag in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld und des gesamten Staatsministeriums die Besprechung der Interpellationen der Bayerischen Mittelpartei und der Bayerischen Volkspartei über die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik.

Als erster Redner begründete

Abg. Stang (B.V.P.)

die Interpellation seiner Partei, wobei er einleitend den Mord an Rathenau als verabscheuenswürdiges Verbrechen brandmarkt. Unter ständigen Zurufen der Kommunisten und Unabhängigen lehnte der Redner den Vorwurf entschieden ab, daß die Bayerische Volkspartei in irgend einer Weise gehet habe. Angesichts der Erregung im Hause mahnte Präsident Königsbauer, heute das gebotene Mindestmaß von Zulauf zu bewahren und die Gegenfrage nicht durch Zwischenrufe zu verschärfen. Unter stürmischem Beifall erklärte der Präsident, er werde gegen jeden Versuch, die Redefreiheit abzuschnitten, Widerstand leisten.

Abgeordneter Stang wies dann unter stürmischer Zustimmung darauf hin, daß der geistliche und sittliche Tiefstand des Volkes sich solange nicht wieder erheben würde, als nicht der Versailleser Vertrag mit seinen Ausdehnungen und Drangsalierungen von uns genommen und die innere Zerstückelung nicht beseitigt sei. Am Jahrestag des Friedensvertrages rufe er hinaus, daß ein Brandherd geschaffen sei, der das Volk nicht zur Ruhe kommen lasse und eine Atmosphäre schaffe, in der auch Wortredatoren gedeihen können. Unter ständigen Zurufen von links erklärte der Redner, die Bayerische Volkspartei lehne es ab, politische Parteien mit der ganzen Verantwortung für solche Taten zu belasten. Sie verurteile aber auch bei den politischen Parteien die leidenschaftliche Schärfe des Tones. Dabei dürfe aber nicht nur einer Richtung immer die Schuld zugeschoben werden. Der Redner wandte sich dann der Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. Juni 1922 zu, die dem Schutze der Republik dienen solle, aber geeignet ist, den Bestand des Staates zu erschüttern. Sie übertriffe an Schärfe noch das Sozialistengesetz. Durch die Vorgänge in Darmstadt werde bewiesen, daß auch eine Befehl von links bestünde. Die Verordnung sei auch wegen ihrer einseitigen Einstellung unpartheylich. Als der kommunistische Abgeordnete Enders hierauf neuerdings in Zwischenrufen den Redner als Mörder bezeichnete, erhob sich eine Entrüstung im Hause, die Präsident Königsbauer mit einer nochmaligen Mahnung zu anständigem Benehmen beilegte. Abg. Stang forderte, daß Organisationen, die nicht auf republikanischem Boden stehen, aber auf dem Wege von Gesetz und Ordnung einmal zur Umgestaltung der Staatsform führen könnten, geschäftet bleiben müßten. Die Verordnung sei abzulehnen, weil sie einen unerträglichen Eingriff in die Justiz- und Polizeihohheit der Länder darstelle und weil sie nicht nach sachlichen, sondern nach parteipolitischen Gesichtspunkten verfaßt werde. Der Redner belegte diese Auffassung mit der Anziehung einzelner Stellen der Verordnung und kam zu dem Schluß, daß gegen Gewaltmaßnahmen zwar vorgegangen werden müsse. Es könne aber nicht gebüdet werden, daß die Justiz- und Polizeihohheit der Länder ausgehohlet und einseitig und ungerecht gehandelt werde. Unter Beifallsbezeugungen auch der Tribünen, die Präsident Königsbauer rügte, schloß der Redner mit der Aufforderung, die bayerische Regierung und die bayerische Volkspartei möchten zusammengehen, daß das Vaterland seinen Schaden erleide.

Für die Bayerische Mittelpartei begründete dann

Abg. Hilpert

eingehend die Interpellation seiner Partei, wobei er schon bei der Verlesung der Interpellation mit Zurufen wie „Unverschämtheit“, „Frechheit“, „Mörder!“ usw. unterbrochen wurde. Die sozialistischen Parteien verließen hierauf bis auf wenige Abgeordnete demonstrativ den Saal. Der Redner verurteilte die Anschläge gegen Erzberger und Scheidemann und den Mord an Dr. Rathenau auf das schärfste und gab der dringenden Erwartung Ausdruck, daß diese Taten endlich einmal Aufklärung finden, damit es klar werde, von wem diese Taten ausgegangen seien. Zu der Verordnung des Reichspräsidenten nahm der Redner in scharf abweichendem Sinne Stellung, da mit ihr in die Hohheitsrechte der Länder eingegriffen werde. Außergewöhnlichen Maßnahmen in erregten Zeiten, soweit sie die Hohheitsrechte der Länder wahren, stamme auch keine Partei durchaus zu. Während aber die schwarz-rot-goldene Fahne vor Angriffen geschützt werde, sei die rühmreiche schwarz-weiß-rote Flagge ogegriffen. Der Staatsgerichtshof sei verfassungswidrig. Anstatt dem Rechte zu dienen, sei die Verordnung ein machtpolitisches Instrument mit einseitigem Ausnahmecharakter. Die Wahrheit über die Ursache des Mordes an Dr. Rathenau habe Dr. Birtz gelogen, als er den französischen Pressvertretern juriet: „Warum frachtet man uns so!“ Wenn dann der Reichsjustizminister die Verordnung einseitig gegen die Rechte anwenden wolle, so sei das eine Ungehörlichkeit, die den Reichsjustizminister als ersten vor den Staatsgerichtshof bringen müßte. Als der Redner den Justizminister als einen Anwalt des Rechts bezeichnete, der das Recht zur Wehre erniedrige, wurde er von dem Abgeordneten Auer zur Ordnung gerufen.

In Beantwortung der Interpellation nahm dann

Ministerpräsident Graf Lerchenfeld

das Wort und führte einleitend aus, die bayrische Regierung habe ihrer Beurteilung der feigen und unseligen Mordtat in ihrer Teilnahmelundgebung an die Reichsregierung bereits Ausdruck gegeben. Sie sei mit ihrer Aufforderung, die Reichsregierung möge keinerlei Verordnungen ohne vorhergehende Verständigung mit den Landesregierungen erlassen, nur soweit durchgedrungen, daß eine mündliche Bekanntheit der Verordnungen an den Reichsrat durch den Reichskanzler stattgefunden habe. Sie könne sich auch heute der Auffassung nicht verschließen, daß die Verordnungen unter den ersten Eindrücken mit einseitiger Einstellung ergangen seien. Wenn auch die Verordnungen verfassungsrechtlich zulässig seien, so sei doch das Bestreben der Reichsregierung zu erkennen, die mächtige Erregung der Massen durch sofortige Maßnahmen zu dämmen. Er halte es für seine Pflicht, diese Absicht der Reichsregierung besonders hervorzuheben. Für die Landesregierung entstehe die Frage, ob der Inhalt der Verordnungen überhaupt geeignet sei, auf die Dauer den Zweck des Artikels 48, Ruhe und Ordnung unter der Verfassung

im ganzen deutschen Reich aufrecht zu erhalten, zu gewährleisten und ab der Verordnung mit den staatlichen Interessen der Länder vereinbar sei. Die bayrische Regierung erkenne an, daß die Zuständigkeit zur Erlassung polizeilicher Maßnahmen primär den Landesbehörden überlassen und damit einer wichtigen Forderung Rechnung getragen wurde. Dagegen könne sie sich mit dem Inhalt der Hauptverordnung aus verchiedenen Gründen nicht einverstanden erklären. Die Ausdehnung des Schutzes auf die früheren republikanischen Regierungen und deren Mitglieder erscheine entbehrlich, um die Verfassung zu schützen, und könne gerade in Bayern zu Verfolgungen führen, die dem allgemeinen Volksempfinden auf das schärfste widerspreche. Der Vollzug der Verordnung eröffne der Angeberei Tür und Tor. Das Strafmaß erscheine zu hoch gegriffen. Die Vorschriften über den Staatsgerichtshof seien ein schwerer Eingriff in die von der Verfassung garantierte Justiz- und Polizeihohheit der Länder. Mit ihr unvereinbar sei endlich die starke Ausdehnung des Begründungsrechtes des Reichspräsidenten, die sich aus der Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes ergebe. Den anerkannten Grundgesetzen einer geordneten Rechtspflege widerspreche es, daß der Verordnung rückwirkende Kraft zugesprochen sei. Allerdings könnten im Vollzug manche Bestimmungen gemildert werden.

Der Ministerpräsident wies darauf hin, daß es sich hier um Ausnahmebestimmungen handle, die gegen rechts, also gegen einen bestimmten Teil des deutschen Volkes, gerichtet seien. Die Hauptverordnung zum Schutze der Republik solle möglichst bald von einem entsprechenden Gesetz abgelöst werden. Die Bedenken, die gegen die Verordnung beständen, träfen in verstärktem Maße für ein Gesetz zu. Die bayerische Regierung werde im Benehmen mit den anderen Landesregierungen ihren Standpunkt bei der Ministerkonferenz am Donnerstag mit Nachdruck vertreten. Unbestreitbar sei, daß eine Verwilderung der politischen Sitten zu befürchten sei, die im wesentlichen auf die Nachwehen des Krieges und den unerhörten Druck des Versailleser Vertrages zurückzuführen würden. Ein geeignetes Ausbittungsmittel könne er in den Bestimmungen, wie sie die Verordnung des Reichspräsidenten enthalte, nicht erkennen. Heute dürfe es sich nicht um Republik oder Monarchie handeln, nicht um rechts oder links, sondern um die Erhaltung des Staates und verfassungsmäßiger Zustände. Im übrigen könne man nur den Wunsch hegen, daß es baldigst gelingen möge, die Urheber der feigen politischen Mordtaten ihrer verdienten Strafe zuzuführen.

Der Ministerpräsident schloß: Die bayerische Regierung wird kein Mittel unversucht lassen, in diesem Sinne zu wirken mit dem Bewußtsein gerechter Abwägung aller Verhältnisse für die Erhaltung der deutschen Volksgemeinschaft im Reich einzutreten. Für die bayerische Regierung ergibt sich aber eine ernste Pflicht, die dem Programm der Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien entspricht: die Ruhe und Ordnung sowie die verfassungsmäßigen Zustände im Lande Bayern aufrecht zu erhalten und dafür zu sorgen, daß die ruhige und gesicherte Entwicklung unserer staatlichen Zustände von keiner Seite eine Beeinträchtigung erfährt.

Auf Antrag wurde eine Besprechung der Interpellation beschloßen, in der Abg. Udermann (Soz.) als erster Redner das Wort ergriff.

□ München, 28. Juni. Auch die Fraktionen der Bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei haben im bayrischen Landtag wegen der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten Interpellationen eingebracht, die gleichzeitig mit der Interpellation der Bayerischen Volkspartei, der auch der Hauptvorstand dieser Partei einmütig zugestimmt hat, in der heutigen Landtagssitzung zur Debatte gestellt werden. Die Interpellationen der beiden Rechtsparteien fragen, ob die Regierung gewillt sei, gegen den in der Verordnung enthaltenen Eingriff in die bayerische Souveränität ernstlichen Widerspruch zu erheben.

Auch in den Kreisen der demokratischen Fraktion sollen, wie die „B. Z.“ zu wissen glauben, Bedenken gegen die Verordnung bestehen. Am gestrigen Abend fand eine interfraktionelle Besprechung zwischen den Koalitionsparteien und der Regierung statt, in der eine gewisse Einheitsfront innerhalb der Koalition und der Regierung hergestellt worden sein dürfte.

Keine Absicht.

□ Berlin, 28. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Es hat Bestrebenden hervorgerufen, daß die bayerische Gesandtschaft aus Anlaß der Ermordung Rathenaus nicht geschickt hatte. Nach unseren Erkundigungen an zuständiger Stelle liege die Sache nun so, daß am Tage des Mordes das Gesandtschaftsgebäude geschickt war. Am Sonntag wurde der bayerische Gesandte zu einer Besprechung nach München gerufen, von wo er am Dienstag früh zurückkehrte. Während der Zeit seiner Abwesenheit wurde die Flagge eingezogen. Unmittelbar nach der Rückkehr des Gesandten, also am Verfassungstage, ist sie wieder auf Halbmast gesetzt worden. Die bayerische Gesandtschaft vertritt sich entschieden gegen den Vorwurf, daß sie dem ermordeten Minister die Ehrenbezeugung verweigert habe.

Ein „Ultimatum“ der pfälzischen Arbeitnehmerschaft.

□ Ludwigshafen, 27. Juni. Die Funktionäre der Arbeitnehmerschaft haben als Willensäußerung, die den Spitzenorganisationen (A.D.B. und den drei sozialistischen Parteien) zu unterbreiten ist, folgende Forderungen aufgestellt:

1. Sofortiges Verbot aller monarchistischen Kundgebungen.
2. Sofortige Auflösung aller monarchistischen Organisationen.
3. Beseitigung des Reichswehrministers Oehler und des Generalstabschefen.
4. Beseitigung aller Offiziere aus der Reichswehr, die monarchistischen Organisationen angehören.
5. Sofortige Freilassung der politischen Gefangenen, soweit deren Vergehen nicht monarchistische Verbrechen zuzurechnen liegen.
6. Säuberung der Regierungsinstitutionen und öffentlichen Ämter einschließlich der Richterstellen von allen Elementen, die sich nicht rückhaltlos auf den Boden der republikanischen Verfassung stellen.

Die Spitzenorganisationen werden aufgefordert, vorstehende Forderungen unverzüglich zur Durchführung zu bringen. Sollte bis zum 5. Juli den Forderungen nicht stattgegeben sein, so fordert die Versammlung, daß von Berlin aus zum unbefristeten Generalstreik aufgerufen wird.

Sinter diese Forderungen stellt sich das freilich denkende Volk der Pfalz, heißt es in einem Aufruf des Bezirkes Pfalz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Wir verlangen, daß den markthierigen Schädlingen endlich das Handwerk gelegt wird. Wir haben bisher demonstriert, wir haben Forderungen aufgestellt. Es hat wenig genützt. Jetzt wollen wir Taten sehen. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Nieder mit der Reaktion, hoch die Republik!“

Abbruch des Streiks in Oesterreich.

Wien, 27. Juni. Ein amtliches Kommuniqué besagt: Nach Mitternacht erschienen im Bundeskanzleramt die Vertreter der Gewerkschaftskommission angeführten Bundesvertragsangelegten und teilten mit, die Vertrauensmännerversammlung der Gewerkschaft habe beschlossen, den Streik abzubrechen. Die Vertreter ersuchten um sofortige Aufnahme von Verhandlungen. Die Regierung nahm die Mitteilung von der Beendigung des Streiks zur Kenntnis und erklärte, daß der Ministerrat in der heutigen Sitzung des Nationalrats einen Gesetzentwurf beschloß, durch den die Sätze der über das Befolgungsgebot hinausgehenden Bezüge der Bundesangelegten geregelt werden sollen. Der Gesetzentwurf über die Bezüge der Bundesangelegten soll unter Anwendung aller geschäftsordnungsmäßigen und zulässigen Abänderungen der Beratungen im Nationalrat behandelt werden. Die Regierung betrachtet den Gesetzentwurf, insofern er endlose Verhandlungen über die Gehaltsforderungen und unregelmäßige Ausschüttungen der Bezüge zukünftig ausschaltet, als einen wesentlichen Teil des Arbeitsabbaus, den der Finanzminister unter den unerlässlichen Reformen ankündigt. Der Finanzminister wird heute im Nationalrat die sofortige Erledigung des ganzen Finanzplanes betreiben. Der Nationalrat wird nächste Woche ununterbrochen arbeiten, um bis etwa 10. Juli die Grundlage für die finanzielle Reorganisation Oesterreichs zu legen.

Schanzer in London.

London, 27. Juni. „Times“ meldet, daß eine Unterredung zwischen dem italienischen Minister Schanzer und Lord Balfour gestern im Foreign Office stattgefunden habe. Die beiden Minister erörterten eine Reihe von Fragen, die die britischen und italienischen Interessen unmittelbar betreffen, jedoch nicht Fragen von allgemeinem internationalen Charakter. Man sei von der Unterredung sehr befriedigt gewesen und werde die Unterredung fortsetzen. Schanzer habe gestern noch einige Worte mit Lloyd George ausgetauscht. Westminster Gazette meldet, daß Lloyd George mit Schanzer eine Unterredung haben werde, um die Fragen zu besprechen, die er vor kurzem mit Poincaré behandelt habe. Die Zukunftskunft werde in der Downingstreet stattfinden. Die Fragen seien: die Reparationsfrage, die Frage der Handelsbeziehungen zu Rußland, die auch im Haag erörtert würden, sowie die Fragen der Aneignung; außerdem die griechisch-türkische Frage, die Lage in Oesterreich, und die palästinensische Mandatsfrage.

Das Reparationsproblem.

London, 27. Juni. „Daily Mail“ meldet, das britische Schahamt erwäge ein Memorandum der Reparationsmission bezüglich der Möglichkeit, die Forderungen der Alliierten zu erfüllen, sowie der besten Methode für die Steuermaßnahmen der deutschen Regierung, deren Ergebnis auf der Haager Konferenz bekannt gegeben würde. Man hofft auch im Zusammenhang damit, daß Lloyd George in der Lage sein werde, nächsten Monat mit Poincaré in Paris zusammenzutreffen. Bis dahin hofft man, ein Einvernehmen in dieser Frage erzielt zu haben.

Die Lage in Irland.

London, 27. Juni. Bei Beginn der Aussprache im Unterhaus gab Churchill eine ausführliche Darstellung der gegenwärtigen Lage und sagte, von Seiten der Valeras sei alles geschehen, um die vorläufige irische Regierung zu schaffen, und um den Sünden von Irland in Verwickelungen mit Ulster zu bringen. Die Nordregierung werde von der britischen Regierung um jeden Preis gegenüber allen Versuchen, sie zur Unterwerfung unter den Süden zu bringen, unterstützt werden. Churchill wies mit Nachdruck auf das Wahlergebnis in Irland hin und sagte zum Schluß, daß nunmehr die vorläufige

irische Regierung und das neue irische Parlament den ungeheuren Zuständen ein Ende zu machen hätten, da die britische Regierung sonst den Vertrag als förmlich verlegt ansehen müßte. Der Minister betonte, daß er über die Art und Weise sei, in der die provisorische Regierung die Probleme zu überwinden suche. Er vertraue sich darauf, daß der Süden an dem Vertrag festhalten werde, und wenn man sich hierin einig sein sollte, werde das Unterhaus Schritte unternehmen und Männer finden müssen, die ihre Pflicht gegen das Reich erfüllen werden.

Sächsischer Landtag.

Die Interpellation der Deutschnationalen.

M. Karlsruhe, 27. Juni.

In der Nachmittags-Sitzung begründete Abg. D. Mayer-Karls. Die Anfrage befaßt sich mit dem scharfen Ton zweier Artikel des „Volksfreund“ zum Attentat auf Scheide mann betreffend. Die Anfrage befaßt sich mit dem scharfen Ton zweier Artikel des „Volksfreund“, die u. a. von „deutschnationalen Völkerverbänden“ sprechen. Der Redner führte dazu aus: Die Zeitungen aller Koalitionsparteien überließen sich in Angriffen gegen uns. Wohin sollen wir mit einer solchen Hege eines Volksteils gegen einen anderen kommen? Bei unserer Anfrage an die bawische Regierung, auf deren Unparteilichkeit wir vertrauen, denken wir nicht an gesetzliche Mittel, hauptsächlich an der heutigen tiefen Spaltung unseres Volkstörpers ist die Schutzfrage. Die Rede von der Schuld oder gar von der Weinschuld Deutschlands ist eine Lüge.

In der Beantwortung der Anfrage führte Minister des Innern Remmele aus: Was wir eben gehört haben, ist ein Stück Propaganda. Da muß ich sagen: Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu! Es ist doch soweit gekommen, daß keine Versammlung mehr stattfinden, in der nicht von der rechten Seite unzulässige Angriffe auf Regierung und Minister laut werden. Wir sehen bei jeder Gelegenheit eine demonstrative Bevorzugung der schwarz-weiß-roten Flügge. Beim Teuertag für Ober-Sachsen hat der evangelische Oberkirchenrat ebenfalls eine schwarz-weiß-rote Fahne herausgehängt. (Der Abg. D. Mayer (Dnall.): Herr Minister, wollen Sie gegen die evangelische Kirche gehen?) Der Minister fährt fort: Ich weis nicht, ich sage nur Personen, die hierfür verantwortlich sind, die Wahrheit. Die Rechte wie die Linke haben beide das Ansehen der Republik mit allen Kräften zu schädigen gesucht. Auf die deutschnationale Anfrage haben wir ein Nein. Das Vorgehen der Reichsregierung berechtigt zu der Hoffnung, daß jehbewusste Anstandarbeit nunmehr geleistet wird und daß nicht ein kleiner Teil des Volkes mit der Republik Schindluder treiben kann. Eine klare und scharfe Sprache ist nötig.

In der Aussprache meinte der Abg. Marum (Soz.), es gehe ein großes Stück Unvertrauen dazu, wenn die Deutschnationalen eine solche Anfrage zu stellen sich erdreiseten. Sie wird wohl von den Interpellanten selbst nicht ganz ernst genommen. Wir haben in Deutschland schon den Bürgerkrieg; die eine Seite hat ihn mit der Pistole in der Hand begonnen.

Als der Abg. Mayer (Dnall.) die Rahmung des Redners, sich statt große Worte zu machen, in die Raufschöcher zu verziehen, in die bei Ausbruch der Revolution verschwunden seien, mit der Bemerkung erwiderte: Sie waren während des Krieges in den Raufschöchern, entsteht ein großer Lärm; wenig parlamentarische Zwischenrufe erfolgen und erst allmählich gelangt es dem Präsidenten, die Ruhe wieder herzustellen.

Abg. Marum: Rathenau steht rein da vor der ganzen Welt. Revolutionen gehen nicht an einem Tage zu Ende und es ist noch nicht alle Tage Abend. Ich drohe nicht, aber ich will warnen. Was geschieht in den deutschen Schulen, an den Hochschulen, um die deutsche Republik sicherzustellen?

Abg. Dr. Schofer (Zhs): Mit der Ermordung Rathenaus wollte man die Staatsform treffen, die gewissen Kreisen nicht paßt. Der Geist der Reichspresse ist der gleiche geblieben. Dort teilt man immer noch in nationalistische Kreise und vaterlandlose Wesen. Man präpariert so mit den gewöhnlichsten Beschimpfungen eine Postill, wie sie am letzten Samstag mit der Pistole gemacht wurde. Wenn die Reichspresse jetzt millionenweise abdrückt von dem Rord, so kommt dieses Abdrücken zu spät und die Weilen müssen erst noch gemessen werden. Auch Erzberger ist rein und unschuldig gefarben. Was soll das Ausland von einem Staat halten, dessen Staatsmänner einer nach dem andern weggeputzt werden? Wir billigen die Maßnahmen der Reichsregierung und werden uns für ihre Durchführung einsetzen. Das Urteil im Offenburger Prozeß ist der Spruch eines Volksgerichts. Die Studentenschaft muß ebenfalls wissen, daß die heutige Verfassung die Verfassung des 11. August 1919 von Weimar ist. Ich habe das Vertrauen, daß es uns doch noch gelingen wird, das deutsche Staatsvolk glücklich über die gefährlichen Klippen hinwegzubringen.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.): Mit der Antwort des Herrn Ministers auf die Interpellation sind wir durchaus einverstanden. Wir billigen die Maßnahmen der Reichsregierung. Wir sind der Überzeugung, daß im Offenburger Prozeß die Untersuchung nicht versäumt hat, um Licht in die Angelegenheit zu bringen. Unerbittlich war das Vorkommnis, das sich am Samstag in Nürnberg ereignet hat. Als dort die Nachricht von der Ermordung Rathenaus eintraf, wurde in einem auf der Wandmischschifflichen Ausstellung aufgestellten Bierzelt von der Luft ein Lufschiff und „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen.

Staatspräsident Hummel erklärt in Bezug auf die Bemerkung des Ministers Remmele über die am Hause des evangelischen Oberkirchenrates gehaltene schwarz-weiß-rote Fahne: Ich als Protestant und weite Kreise des evangelischen Volkes sind mit dieser Demonstration nicht einverstanden. Aber, um der Legende vorzubeugen, die bawische Regierung gehe gegen den evangelischen Volksteil vor, muß ich feststellen, daß mit der Ermordung des Vorkalles nur diejenige Stelle, die für das Hissen der Fahne verantwortlich ist, gestört worden ist.

Justizminister Traut: Auf die Behauptung des Reichstagsabg. Wels, im Offenburger Prozeß habe der Staatsanwalt die Vernehmung eines wichtigen Zeugen abgelehnt, habe ich mich sofort mit dem Generalstaatsanwalt und dem Untersuchungsrichter im Erzberger-Prozess in Verbindung gesetzt. Beide stehen angesichts der Behauptung vor einem Rätsel. Dem Abg. Wels haben wir telegraphisch geantwortet, uns kein Material mitzuteilen; eine Antwort liegt noch nicht vor.

Abg. Freidhof (U.S.P.) wandte sich in scharfen Worten gegen die Deutschnationalen und mußte vom Präsidenten ermahnt werden, sich zu wägen. Der Redner schloß mit der Bemerkung, wenn die Regierung nicht gewillt sein sollte, den Wünschen des arbeitenden Volkes Rechnung zu tragen, so werde die Arbeiterschaft sie selbst in die Tat umsetzen.

Inzwischen ist ein von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Demokraten unterschriebener Antrag eingegangen mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag vertraut darauf, daß die Regierung im Verein mit der Reichsregierung alles tut zum Schutze der Republik, der Verfassung und der Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung.

In der weiteren Aussprache erklärte Justizminister Traut, die Bemerkung des Abg. Freidhof, der Oberstaatsanwalt ist seit dem Offenburger Prozeß zur Verobshiedung Killingers am Bahnhof in Offenburger erschienen, sei nicht wahr.

Abg. Weber (D. Sp.) schloß sich der Verordnung des Reichspräsidenten an. Die Geheimorganisationen müsse endlich ein Ende der eitel werden. Die für die nächste Zeit in Baden geplanten Versammlungen hätten der Regierung keinen Anlaß zum Eingreifen gegeben.

Abg. Klüber (Landb.) verlas eine Erklärung, in der der politische Rord beurteilt wird und Abg. Schmitt (Dn. Sp.) wandte sich gegen den Vorwurf, daß die deutschnationale Partei an dem Rord Rathenaus Schuld sei.

Nach einem Schlußwort des Interpellanten Mayer (Dnall.) begründete Abg. Schofer (Zhs.) den Antrag, der sodann mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen (Liberalen) Volkspartei angenommen wurde.

Die Deutschnationalen, die Kommunisten und die Unabhängigen enthielten sich der Stimme.

Ein Zwischenfall in Heidelberg.

Heidelberg, 28. Juni. In den gestrigen Nachmittagsstunden spielte sich im radiologischen Institut der Universität ein erster Zwischenfall ab, wo der bekannte Roboterpreisträger Geheimrat Benard trotz der Anwesenheit des Rektors, die Vorlesung auszusagen, ein Kolleg absah. Obwohl ein Polizeikommissar ihn auf das Verbot des Rektors aufmerksam machte, da er sonst die Verantwortung abgeben müsse, ließ Benard die Vorlesung weiter gehen. Bald darauf erschienen Arbeitermassen, die von den Studenten mit Hydranten bespritzt und mit Steinen beworfen wurden. Es erfolgte unter hartem Polizeieinsatz die Verhaftung von Geheimrat Benard und einiger Studenten. Die Arbeitermassen bedrohten den Verhafteten über die neue Brücke, wo Gefahr vorhanden war, daß er von den aufgeregten Leuten in den Rador geworfen werde; er wurde dann später ins Gewerkschaftshaus gebracht. Unter dem beruhigenden Zutritt von Arbeitervertretern, dem Polizeikommissar und dem Oberstaatsanwalt Sebald wurde dann aus den erregten Scharen der Straße eine Kommission gebildet zur Kontrolle dafür, daß Geheimrat Benard in Haft gebracht werde. Als er in einem Auto fortgeführt werden sollte, protestierte die Masse und verlangte, daß er zu Fuß ins Gefängnis gehe. Er wurde abends um 9 Uhr ins Gefängnis gebracht. Erst gegen 10 Uhr oerließen sich die Massen vor den Türen des Gefängnisses.

Die blaue Flamme.

Roman von Heinz Westen.

21) (Nachdruck verboten.)
Copyright 1921 by Verlag von Wich. Bong, Berlin.
(Fortsetzung.)

Für einen Augenblick vergaß Annelies ihre Sorgen und lachte hell auf. Ihr Bruder Erich zwischen den schreienden, scheltenden und weinenden Hausmädchen! Das hätte sie leben mögen. Doch gleich findet sie sich in die Gegenwart zurück. Sie darf Johannes heute nicht allein lassen. Er sah heute morgen so blaß und verstört aus. Nicht nur die Folgen der durchzechten Nacht lasten auf ihm; sie weiß es besser.

Johannes kann doch mitkommen. Er ist schon lange nicht bei uns gewesen.
Du kannst ihn jetzt ruhig wecken, Annelies. Um so besser wird er in der Nacht schlafen. Am Tage schläft überhaupt kein gesunder Mensch.

Annelies sieht an ihm vorbei. Er hat recht; aber ist ihr Johannes ein gesunder Mensch? Gleichwohl entschließt sie sich hinaufzugehen. Und Erich, der dem Jungen den Zusammenhang zwischen dem getrunkenen Weingenuß und dem heutigen Kopfweh noch einmal beweisen möchte, begleitet sie. Sie treten in ein leeres Zimmer. Erich nicht befriedigt: „Der Junge ist älger als ich dachte. Er ist spazieren gegangen. So wird er seinen Kater am schnellsten los.“

Hoffentlich begegnet ihm niemand aus seiner Schule. Mit dem Spazierengehen hätte er bis zum Nachmittage warten sollen“, laut Annelies, als sie die Treppe wieder hinuntersteigen.

Johannes geht an den hinteren Gärten vorüber an der Bürgerwiese vorbei den schmalen Weg am Zaun entlang, der zum Fluß hinunterführt. Eine große Ruhe ist über ihn gekommen. Das, was er jetzt tun muß, ist das Rechte.

Er weiß auch, wie er es tun wird. Er trägt den Revolver in der hinteren Hosentasche und in der Rocktasche sechs Fugelpatronen. Die werden ihr Ziel nicht verfehlen. Vor einem halben Jahr hat er bereits den Revolver gekauft, damals, als er mit dem Vater von Wöndenberg zurückkehrte. Aber damals hat er es noch nicht tun dürfen. Der Gedanke an die Mutter hat ihm die Waffe aus der Hand gemunden. Er weiß, was er ist und daß sie ein Recht auf ihn hat. Doch das Recht, das er auf sich selbst besitzt, ist stärker — seit heute. Das Tor des Irrenhauses steht vor ihm offen; niemand kann zwingen werden, durch dieses Tor zu schreiten. Hier enden auch die Rechte einer Mutter.

Er will auf den großen Steg gehen, von dem die Fischerboote abfahren. Der große Steg liegt etwas unterhalb des Ruderclubpavillons und reicht weit in den Fluß hinaus. Dort wird er sich auf das vorderste Brettende stellen, den Revolver gegen die Schläfe drücken und sich dann ins Wasser fallen lassen. Betäuben wird ihn der Schuß in jedem Fall und dann wird er ertrinken. Im Wasser sterben soll schön und schmerzlos sein. Als ob man auf einer grünen Wiese langsam niederstinkt.

Jetzt ist er bei den Weidenbüschen, die längs des Flusses wachsen. Wo die Büsche am dichtesten stehen, liegt der Steg. Noch ist es hier menschenleer. Er nimmt das Patronenkästchen aus der Tasche.

Im Weidenbüsch, nahe am Landesteg, dort wo das Gebüsch am dichtesten steht, liegen zwei am Boden und ruhen nebeneinander. Die Wammwirtin und etwas seitlich ab der Schußmann Dankelmann. Die Wammwirtin ist eine Gerissenne. Sie taugt keine Rache im Sock. Sie hat genau gewußt, daß heute sein freier Tag ist und sie hat ihm aufgepaßt, als er vom Dienst kam. Sie hat ihn eingeladen, bei ihr einzutreten und hat ihn mit den besten Weinen und Zigarren regaled, den ganzen Morgen hindurch. Und dann hat sie ihn aufgefordert, mit ihr spazierenzugehen, um sich zu erwidern. Sie hat selbst den Weg zu den Weidenbüschen eingeschlagen. Denn sie ist eine Gerissenne und sie weiß, was sie will. Einen Wammwirt will sie wieder haben, aber einen, der etwas vertragen kann, den zwei, drei Flaschen nicht unter den Tisch werfen. Und auch sonst muß er ein ganzer Kerl sein. Davon hat sie sich heute überzeugen wollen.

Dem Schußmann Dankelmann fehlt die Hise arg zu. Er ist dunkelrot im Gesicht. Wieleisch ist es auch nicht die Hise allein. Er hat sich heute viel zugemutet. Aber er fühlt sich wohl, ganz außerordentlich wohl dabei. Nun braucht nur noch seine Frau zu sterben und dann ist alles in bester Ordnung. Gar zu lange kann es mit ihr nicht mehr dauern, denn sie hat die Auszehrung im letzten Stadium. Dann kann er sofort seinen Abschied einreichen und das Aufgebot bestellen. Zwei Monate später ist er der Wammwirt und schaut vom Caféfenster der Gaststube auf den Markt hinüber, wo die Kameraden in der Hise mit dem Helm und im zugestüpften Woffenrock stehen und schwitzen müssen. Er aber sitzt im bequemen Hausrock bei seiner Zigarre und hat sein köhles Glas Bier vor sich.

Der Rachtwefel höht und schüttelt ihn, daß er blaurot im Gesicht wird. Die Wammwirtin redt sich und schlat die Augen auf. Sie hat fest geschlafen.

Da raschelt es vorn im Schiff. Ein Wasserhuhn steigt auf. Ein Schuß knallt. Ein Knackendes Geräusch folgt, als ob ein schwerer Körper ins Wasser fällt. In weniger als einer Sekunde ist der Schußmann Dankelmann auf den Beinen und greift nach der Waffe. Was war das? Wer hat hier geschossen? Wer darf hier schießen? Alle Wammwirtsgedanken fallen an ihm nieder. Er ist wieder der Hüter der öffentlichen Ordnung, ein Auge des Gesetzes, das nie schläft. Während seine Hände noch den Uniformrock schütten, läuft er schon dem Schuß nach und hört nicht, daß hinter ihm eine Frauensstimme jammert: „Eduard! Eduard!“ Schon ist er auf dem Steg, läuft bis ans Ende und hält sich am Geländer fest. Mit vorgestrecktem Körper lugt er (scharf aus. Hier muß es gewesen sein. Hier ist der Schuß gefallen. Auf seine Ohren kann er sich verlassen. Da taucht etwas aus dem Wasser, eine Hand, ein Arm. Ein Kopf wird sichtbar. Wo hängt der Rettungsring? Er will den Ertrinkenden nicht aus dem Blick verlieren. Er tastet mit der Hand nach dem Ring, ohne hinzusehen. Er greift fest, faßt das Geländer nicht wieder, klappt kopfüber ins Wasser und kommt nicht wieder hoch.

Die Wammwirtin rennt schreiend den Weg hinunter zu den Bootshäusern, wo die Fischer ihre Netze hängen.

„Zu Hilfe! Zu Hilfe! Es ist einer ins Wasser gefallen! Zu Hilfe!“

Schon stoben die Boote vom Ufer ab, jagen zum Wehr hinunter, legen sich quer und bilden Ketten. Da kommen zwei angetrieben, ein ganz Junger, ein Knabe noch, und hinter ihm ein anderer, der Schußmann Dankelmann.

Jetzt liegen beide auf der Wiese nebeneinander. Die Fischer haben ihnen die Jaden geöffnet, um die Brust frei zu machen und bewegen ihnen im Takt die Arme, heben sie hoch in die Luft und pressen sie wieder an die Brust, damit die Atmung wieder in Gang kommt.

Johannes Hefewinkel ist schneeweiß im Gesicht; seine Lippen sind fest aufeinandergepreßt und die Augen sind geschlossen. Der Schußmann Dankelmann ist blaurot, sein Mund steht offen und die halbgeöffneten Augen zeigen das Weiße.

Jetzt rast ein Wagen den schmalen Flußweg hinunter, der den Vierden nur wenig Platz zum Ausweichen bietet, so daß sie sich stoßen und abdrängen suchen. Aber der Kutscher des Wagens ist solche Wege gewohnt. Wenn er seinen Doktor zu den Bauern fährt, sind die Wege oft noch schlimmer. umot im Herbst und im Winter.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftliche Fragen.

Ein Änderungsantrag zum Einkommensteuergesetz.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat seine Vorschläge zur Änderung des Einkommensteuergesetzes in einer Eingabe an den Reichstag wie folgt zusammengefasst:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund erlaubt sich, dem Reichstage die Bitte vorzutragen, nachstehende Änderungen des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 herbeizuführen und die Regierung zur Zustimmung auffordern zu wollen.

1. Der § 21 erhält folgende Fassung:

§ 21.

Die Einkommensteuer beträgt

für die angefangenen oder vollen des steuerbaren Einkommens,	100 000 M 10 v. H.
für die weiteren angefangenen oder vollen des steuerbaren Einkommens,	20 000 M 15 v. H.
für die weiteren angefangenen oder vollen des steuerbaren Einkommens,	30 000 M 20 v. H.
für die weiteren angefangenen oder vollen des steuerbaren Einkommens,	40 000 M 25 v. H.
für die weiteren angefangenen oder vollen des steuerbaren Einkommens,	50 000 M 30 v. H.
für die weiteren angefangenen oder vollen des steuerbaren Einkommens,	100 000 M 35 v. H.
für die weiteren angefangenen oder vollen des steuerbaren Einkommens,	150 000 M 40 v. H.
für die weiteren angefangenen oder vollen des steuerbaren Einkommens,	200 000 M 45 v. H.
für die weiteren angefangenen oder vollen des steuerbaren Einkommens,	250 000 M 50 v. H.
für die weiteren angefangenen oder vollen des steuerbaren Einkommens,	500 000 M 55 v. H.
und für die weiteren Beträge	80 v. H.

2. Der § 26, Abs. 1, erhält folgende Fassung:

§ 26.

Die nach §§ 21 und 25 berechnete Einkommensteuer ermäßigt sich

- a) um je 300 M für den Steuerpflichtigen und für seine nicht selbständig zu veranlagende Ehefrau, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 100 000 M beträgt;
- b) um je 900 M für das erste und zweite zur Haushaltsführung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind;
- c) um je 1200 M für jedes weitere zur Haushaltsführung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind, das nicht selbständig zur Einkommensteuer zu veranlagung ist, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 300 000 M beträgt.

Streik der Techniker und Werkmeister in Frankfurt a. M.

(c) Frankfurt, a. M., 28. Juni. In drei Versammlungen beschloßten sich die Techniker und Werkmeister mit dem Streik. Man war der Ansicht, den Streik unter allen Umständen weiter zu führen, auch dann, falls die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters durch den Demobilisierungskommissar erfolgen sollte. Gegenwärtig streifen 2100 Techniker und Werkmeister. Durch die Stilllegung der Betriebe sind bis jetzt über 18 000 Arbeiter in Mittelbeschäftigung gezogen worden, und zwar 15 000 Metallarbeiter, 3000 Fabrikarbeiter und 800 Arbeiter in der chemischen Industrie. Die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes sprachen ihre wärmste Sympathie für die Streikenden aus.

Preissteigerungen und die Grundlage der Preisberechnung der Waren.

Die von den Spitzenverbänden des Handels aufgestellte Forderung, die Wiederbeschaffungskosten als Grundlage der Preisberechnung anzuerkennen zu lassen, beschäftigt die Arbeitsgemeinschaft Pfälzischer Preisprüfungsstellen. Nach einem Vortrag des Vorsitzenden Dr. Hoffmann von Preisprüfungsamt Ludwigsbafen und nach längerer Aussprache wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Eine Abänderung der Preissteigerungsverordnung scheint zur Zeit nicht wünschenswert. Die bedingungslose Anerkennung der Wiederbeschaffungskosten als Maßstab der Preisermessung würde zur Folge haben, daß die Preisbewegung noch viel schneller und sprunghafter vor sich ginge, als es schon jetzt der Fall ist. Die Unsicherheit auf dem Gebiet des Preissteigerungsrechts würde durch die vorliegenden Abänderungsentwürfe nicht verringert, sondern eher noch vergrößert. Der Grundsatz der Preisberechnung nach den individuellen Herstellungskosten ist beizubehalten. Um jedoch den Handel vor Schaden zu bewahren, ist gegebenenfalls ein Satz in die Kalkulation aufzunehmen, der der zwischen Einkaufs- und Verkaufszeit liegenden inneren Geldwertveränderung Rechnung trägt.“

Wer sich in Demut niedrig nennt,
oft ohne zu wollen Wahrheit bekennet.
Stieber trau ich dem stolzen Mann,
der sich auch in Worten nicht dücken kann.

Die Fliegenplage und ihre Gefahr.

In jedem Sommer haben wir mehr oder weniger unter der Fliegenplage zu leiden. Zum Ärger der Hausfrau beschmutzen die Fliegen Gorden und die blattgedruckte Lampen und Wessingteile und zum Ärger des Hausherrn, der sich gerade hingelegt hat, um „nur ein Viertelstündchen“ zu ruhen, jagen sie die lästigen Hausgenossen ihm hinterher oder gar stehend auf die Nase und verschlecken ihm mit ihrem Gebrumm den wohlverdienten Schlaf. Darüber hinaus haben die Fliegen aber eine noch viel unheilvollere Bedeutung für das Menschengeschlecht, da sie zu Trägern zahlreicher Bazillen werden, die sie auf die menschliche Nahrung abgeben. Ueber die hierdurch entstehenden großen Gefahren der Fliegenplage äußert sich Hermann Rabesold im „Maiserum“ in einer in diesen Sommerheften besonders zeitgemäßen Abhandlung.

Die Cholera-Epidemien der Jahre 1830/31, 1866 und 1902/03 sind nachweislich durch aus Rußland einwandernde Fliegen in Deutschland eingeschleppt worden. Es heißt also vor der Einwanderung lästiger „Auslandsfliegen“ auf der Hut zu sein. Wie leicht eine solche Einwanderung und Einbürgerung vor sich geht, zeigt das Beispiel von Paris, wo in ungewöhnlich kurzer Zeit eine diese fana- lische Stubenfliege heimlich geworden ist, die während des Weltkrieges mit Herdentransporten eingeschleppt worden war. Das Johannisfer ist nach Rabesold, in alter Zeit ein primitiver Seuchenschutz gegen Ungeziefer gewesen. Noch heute wird das Vieh in den großen Ställen im Nord- und Südosten Rußlands und Sibiriens an einem bestimmten Tage durch künstliche Feuerhochflammen getrieben, um sie in dem Tierfell haltenden Insekten zu töten. Zum Schatz spritzen dann Männlein und Weiblein sowie die ganze Jugend lachend nach die Flammen und feiern so den Beginn eines Sommerurlaubes.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika waren das erste Land, welches in großartigster Weise die Fliegen- und Insektenplage bekämpfte. Schon vor dem Weltkriege wurde eine über das ganze Land erstellte Kommission gebildet, und mit großen Geldmitteln ausgestattet, deren Aufgabe die Erforschung der Lebensweise und die Bekämpfung und Abwehr der Insekten war. Millionen und Aber-

Städtische Nachrichten.

Reichsbahnkarten.

Vom 1. Juli an werden Reichsbahnkarten für 30 und 45 Tage ausgegeben. Die Reichsbahnkarten gelten auf allen Eisenbahnstrecken der Deutschen Reichsbahn und auf gewissen Nebenbahnen, aber nicht für Privat- und Kleinbahnen. Die Reichsbahnkarten werden für die 1., 2. und 3. Klasse ausgegeben. Beim Übergang in eine höhere Klasse ist der Unterschied zwischen den regelrechten Fahrpreisen für eine Einzelreise durch Lösung einer Uebergangskarte zu entrichten. Die Reichsbahnkarte gilt hierbei als Fahrkarte für alle Züge. Die Reichsbahnkarten gelten für alle fahrplanmäßigen Schnell- und Personenzüge; für Express- und Luxuszüge gelten sie nur gegen Lösung der sonstigen Zuschlagkarten. Der Preis einer Reichsbahnkarte beträgt:

	für 30 Tage	für 45 Tage
	M.	M.
in 1. Klasse	24 500	36 500
in 2. Klasse	14 000	20 500
in 3. Klasse	8 500	12 500

In diesen Preisen ist eine Sicherheit von 500 M. eingerechnet. Der Tag, von dem an die Karten benutzt werden sollen, ist bei der Bestellung anzugeben. Der Besteller ist ein deutliches Bildnis beizufügen, das auf der Karte befestigt wird. Das Bild darf nicht aufgezogen und nicht bereits zu einem ähnlichen Zweck benutzt worden sein. Der Inhaber muß die Karte vor der Benutzung mit Tinte oder Tintenstift unterschreiben. Vor- und Familienname müssen angeschrieben werden. Die Reichsbahnkarten sind nicht übertragbar. Umtausch gegen Karten anderer Klassen oder Verlängerung der Geltungsdauer ist ausgeschlossen. Bei Einschränkung des Fahrplans, Einstellung des Betriebes oder Verlust der Karte wird Fahrgeld nicht erstattet. Der Inhaber kann die Karte vor Ablauf der Geltungsdauer zurückgeben. In diesem Falle werden außer der Sicherheit 1/2 des Fahrpreises erstattet, der auf die Tage nach der Zurückgabe entfällt. Ist die Karte nur an den drei letzten Tagen der Geltungsdauer nicht benutzt, wird nur die Sicherheit zurückgezahlt. Die Reichsbahnkarten sind nach Ablauf der Geltungsdauer zurückzugeben. Die hinterlegte Sicherheit wird nur zurückgezahlt, wenn die Karte spätestens am Tage nach dem Ablauf der Geltungsdauer zurückgegeben wird.

Raucherfragen.

Den Rauchern wird am 1. Juli wieder eine recht unliebsame Ueberraschung werden, und das „Fleisch des armen Mannes“ wird auf Grund dieser Ueberraschung vielleicht ab und zu unfreiwillige Ferien haben. Denn der vorgenannte Termin bringt schon wieder einmal eine recht bedeutende Erhöhung der Bundessteuer auf Zigarren, Tabake und Zigaretten.

Während die Zigaretten bislang die höchste Banderote für die Preissteigerung über 3 M. galt, wird ab 1. Juli jede höhere Preissteigerung von 3,50 M. ab, mit je 50 Pfennig gestiegen, eine höhere Banderote erhalten und auch die Zigaretten, bei denen bisher „über 60 Pfennig“ als höchste Banderote galt, werden durch Verlagerung ihrer Umhüllung mit einer vielagenderen Leihbinde, auf hochdeutscher „Banderote“, entsprechend höher versteuert. Zweifellos wird es deutsche Tabakverbraucher geben, die, wie der Deutsche nun einmal ist, auch diese neue Steuer zahlen lernen, ohne zu klagen. Interessant ist aber immerhin, daß, wenn wir nicht irren, nach vor längerem angefertigten Ermittlungen etwa die Hälfte der eingenommenen Tabaksteuern von den Verwaltungskosten verschlungen wird.

Wenn so schon die Laische, daß der Raucher dadurch, daß er den Rauch in die Luft pufft, nur Gelder aufbringt, die größtenteils gewissermaßen „auch weiter in die Luft gepufft werden“, ihm den Appell an seiner „Süßholz“ oder am „Sargnagel“ verderben kann, so wird hierzu nicht weniger die Laische beitragen, daß diese Steuererhöhung nicht die einzige Mehrbelastung seines von der Gattin, der hohen, sicherlich ohnehin schon oft genug schiel angesehenen Rauchers bilden wird.

Der Balustand, der dazu beitrug, daß seit Beginn des Jahres die Preise für Zigaretten sich verdoppelt haben, wird sich in seiner ganzen Jährlichkeit ebenfalls erst vom 1. Juli an auch dem Raucher offenbaren. Zu Beginn des Jahres fallulerte der Goldbestand nach mit einem Guldenstand von 4—4000 Mark, trotzdem der Gulden schon auf 6—7000 stand. Es wurden dabei alte Bestände mit berücksichtigt und der Durchschnittskurs kalkuliert. Heute liegt der Gulden jedoch um die 12 000 herum, und trotzdem die alten Bestände so gut wie gemindert sind, kalkuliert die Industrie bislang noch mit 6—7000 Mark. Der neue Tabaksteuersatz in Amsterdam dürfte bereits demnächst beginnen, und da werden die Preisforderungen ganz anders aussehen. Zu berücksichtigen sind weiter die andauernden bedeutenden Vorratshöhen, die Preissteigerungen für Zigarettenausstattungen, Zigarettenkisten, Korris, Frachten, der Verpackung usw. Des weiteren ist der Goldfuß, der zu Beginn des Jahres 3700 v. H. ausmachte, auf 5000 erhöht worden, das bedeutet allein eine Versteigerung des Rohproduktes um 12 M. pro Kilo. Es wird also — man muß

dies sagen, auf die Gefahr hin, daß dem erfahrenen Raucher vor Schreden der Stummel aus dem Gebirge der Zähne rutscht — vom 1. Juli an eine Zigarre, die vor dem 1. Oktober 6—7 M. kostete, vom 1. Juli etwa 10—12 M. kosten. Zigaretten, von denen noch vor kurzem die billigste zu 40—50 Pfennig zu haben war, kosten heute schon beim Fabrikanten 1—1,20 M. und werden wohl dann unter 2,50 bis 3 M. nicht zu haben sein. Der einzige Trost ist, daß sich der Raucher, da eine Rauchersteuerung nicht stattfindet, nach Bedarf und Mitteln noch vor dem 1. Juli eindecken kann. Das tragikomische Raucher-schicksal, das geeignet ist, namentlich bei der vielgeprüften Weiblichkeit immerhin noch so etwas wie Schadenfreude auszulösen, hat aber auf der anderen Seite auch noch einen ersten Hintergrund. Viele, soweit es sich um die Folgen der Steuererhöhung und des Solvitätskurzes handelt, auf die praktisch-umfassende Finanzpolitik unserer Regierung soweit es sich um anderweitige Erhöhungen handelt, auf die bittere Notwendigkeit zur Durchführung ganz bedeutenden Versteigerungen der Raucherwaren werden zweifellos ein Nachlassen im Verbrauch bei dem weniger kaufkräftigen Publikum zur Folge haben.

Daher hieraus Betriebsbeschränkungen bei Fabrikanten und Händlern und somit Arbeiter- und Angestelltenlosungen folgen müssen, das sind die schlimmsten und für die gesamte Wirtschaft unheilvollsten Folgen dieser Erhöhungen, deren letzte Gründe wir oben gekennzeichnet haben.

Der „Bolschewistkopf“. Die neuen Geldscheine, die gegenwärtig in der Reichsdruckerei hergestellt werden, haben zum Teil im Publikum Anseh erregt. Namentlich der Zehntausendmarktschein erweckte bei einigen Wirtschaftlichen den Verdacht, der darauf abgebildete „Bolschewistkopf“ solle eine Verhöhnung der Reichsregierung bedeuten. Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: Die Scheine müßten wegen der dringenden Papierbedürfnisse so rasch wie möglich angefertigt werden. Auf Porträtköpfe konnte man aus sicherungstechnischen Gründen nicht verzichten. Neue Entwürfe hätten zu viel Zeit in Anspruch genommen. Daher entschloß man sich, Bildnisgemälde alter deutscher Meister als Vorlagen zu benutzen: Holbeins berühmten Kaufmann Giese, dessen Original in unserm Kaiser-Friedrich-Museum hängt, Gemälde von Georg Pencz, Amberger usw. Der „Bolschewistkopf“ auf dem Zehntausendmarktschein aber ist nichts anderes als eine Wiedergabe von Dürers Porträt seines Bruders.

Kommunale Chronik.

Gegen eine Sonderbesteuerung der Gastwirtschaften.

Gegen die im § 13b des Landessteuergesetzesentwurfes vorgesehene Schankverzehrersteuer wandte sich die Handelskammer Heidelberg mit nachfolgender an die zuständigen Stellen gerichteten Eingabe:

Nach § 13b des Landessteuergesetzesentwurfes sollen die Gemeinden das Recht erhalten, die Verabreichung von Speisen und Getränken zum Genuß an Ort und Stelle in Speise- und Schankwirtschaften zu besteuern (Schankverzehrersteuer). Die Schankverzehrersteuer soll nach dem Umsatz bemessen und nach sachlichen Merkmalen, insbesondere auch nach der Art der steuerpflichtigen Speise- und Schankwirtschaften abgestuft werden können. Sie soll 10 und im Falle der Abstufung 20 v. H. der Einzelpreise betragen. Das Gastwirtschaftsgewerbe ist schon jetzt mit Sondersteuern übermäßig belastet. Neben der 10 v. H. ausmachenden staatlichen Beherbergungssteuer wird hier in Heidelberg noch eine Fremdenverkehrssteuer in Höhe von 15 v. H. erhoben. Dazu soll nun noch eine für die Gemeinnden bestimmte Getränke- und Speisesteuer kommen. Damit würde eine Belastung des Betriebes herauskommen, die schlechterdings nicht mehr erträglich wäre.

Schon heute ist es Festbedeuten und ihren Angehörigen kaum mehr möglich, auch nur eine kurze Weile mit Ueberrandung im Gasthof zu machen. Auch von rollenden Kaufleuten bzw. Firmen, die reisen lassen, wird heute schon oft über die nachgerade unerträglich gewordene Höhe der Reisekosten bitter geklagt. Eine unerträgliche Härte würde die Schankverzehrersteuer weiterhin bedeuten für die zahlreichen ledigen Personen, die ihre regelmäßigen Hauptmahlzeiten in Gast- und Schankwirtschaften einzunehmen gezwungen sind. Viele von ihnen verfügen nur über ein kleines festes Einkommen oder verdienen, weil noch in der Ausbildung begriffen, überhaupt noch nichts. Es sei hier nur an die zahlreichen Studenten in Universitätsstädten erinnert. Noch schlimmer würden von der Schankverzehrersteuer betroffen die zahlreichen Familien, die infolge der außerordentlichen Wohnungsnot nicht nur in Gasthöfen zu wohnen gezwungen sind, sondern auch in Bezug auf ihre Mahlzeiten auf solche angewiesen sind. Dazu kämen noch weiter für die Gaststätten selbst die vernichtenden Wirkungen einer ungleich hohen Belastung, ungleich nicht nur an verschiedenen Orten, sondern auch an gleichen Plätzen. Die Einführung würde in vielen Fällen rein wirtschaftlich vorgekommen. Von sachlichen Merkmalen, die eine gerechte Einstufung ermöglichen, könnte in Wirklichkeit gar nicht gesprochen werden. Ungleiche Belastung gleichartiger Betriebe in verschiedenen Gemeinden, Ungleichheit der Belastung in ein und derselben Gemeinde bei sonst gleichem Umsatz wären die unausweichlichen Folgen der geplanten Schankverzehrersteuer. Viele Betriebe wären gezwungen, sich selbst zu desaktivieren und in geschäftlichen Zeiten ganz zu schließen. Hierunter würden nicht nur die Gaststätten selbst und ihre Gehilfen, sondern auch der Verkehr leiden.

Wir bitten hiernach dringend um Interesse aller Beteiligten der Gasthofbesitzer selbst und ihrer Gehilfen sowohl wie auch des Publikums, dem § 13b des Landessteuergesetzesentwurfes die Zustimmung zu versagen.“

Kunst und Wissen.

Der Heidelberger Universitätsbibliothek wurden von Edgar J. Schein in Newyork 100 000 Mark gespendet.

Festspiele Bad Homburg v. d. H. Die Festspiele Bad Homburg (Freilichtaufführungen auf der Saalburg und im Homburger Kurpark) werden am Sonntag, den 1. Juli, nachmittags um 4 Uhr auf der Saalburg mit Goethes „Iphigenie“ eröffnet. Künstler von ersten deutschen Bühnen sind verpflichtet.

Johannes Neudlin. Am 30. Juni d. J. sind 400 Jahre seit dem Tode eines der bedeutendsten Männer der deutschen Reformzeit verstrichen — Johannes Neudlin's. Der große Humanist wurde am 22. Februar 1455 in Horzheim geboren. Er studierte in Freiburg und Basel, Orleans und Paris. 1482 lehrte er nach Deutschland zurück, wo er an verschiedenen Orten als Hochschullehrer, Advokat, auch diplomatisch (so 1490 als Gesandter auf dem Reichstag zu Frankfurt) tätig war. Mit der Reformation wandte er sich mit immer größerem Eifer dem Studium der hebräischen Sprache zu, deren wissenschaftliche Erforschung eigentlich erst durch ihn angebahnt worden ist. Jeunisse dafür sind seine „Aduenta hebraica“ (1505), ein Wörterbuch und eine Grammatik der alttestamentlichen Sprache, ferner eine Untersuchung über die hebräische Rechtschreibung des Hebräischen, endlich die wichtigen Abhandlungen über die jüdische Weisheit, die sogenannten „Studien über die jüdische Weisheit“, die in den bekannten Streit mit dem Epitomeherr Johann Pfefferkorn in Köln, der beim Erzbischof die Konfiskation und Vernichtung aller hebräischen Bücher als schädlich und Gottlos durchzuführen versuchte. Neudlin trat energisch gegen diese Bestrebungen an, der Streit sollte die ganze deutsche Gelehrtenwelt in Bewegung, er wurde die Veranlassung zum heftigen Vorstoß der jungen deutschen Humanisten gegen die Anhänger des Alten. Demals entstanden die berühmten „Dunkelmännerbriefe“ (Epistolae obscurorum virorum) des Humanisten Petrus Rabanus, die das Treiben der Kölner Inquisition behandelten. Den Prozeß gegen Pfefferkorn verlor Neudlin in letzter Instanz, seine Verleumdungsschrift, der „Augenspiegel“ wurde 1520 als ärgerliches, für fromme Christen anstößiges Buch verworfen, und er selbst zu ewigen Stillständen verurteilt. Doch hielt er alles, was in Deutschland für Wissenschaft und Fortschritt eintrat, auf seiner Seite. Neudlin selbst war ein stiller Gelehrter, dessen Leben ganz der wissenschaftlichen Forschung gewidmet war und dem die durch sein gelehrtes Wirken hervorgerufenen politischen Streitigkeiten höchst widerwärtig waren. Deshalb stand er auch der Reformation mit großer Zurückhaltung gegenüber, trotzdem einer ihrer bedeutendsten Vorläufer, Philipp Melancthon, sein Wohnort war. Neudlin starb am 30. Juni 1522 in Bad Homburg im Schwarzwald.

Aus dem Lande.

Heidelberg, 28. Juni. Zum Sprengstoff-Anschlag auf Professor Rastewitz wird uns mitgeteilt, daß der Haupttäter der 20 Jahre alte Chemiker Armin Höflicher ist. Er ist in Untersuchungshaft. Der zweite Täter ist ein erst fünfzehnjähriger Bursche namens Walter, Sohn eines verstorbenen Chemikers der Amalifabrik. Höflicher soll sich auch wegen des Versuches einer Silberfälschung zu verantworten haben.

Altenheim, 28. Juni. Die Verpachtung der hiesigen Jagd hat ergeben: Das Gemeindejagdgebiet ersteigerte die Jagdgesellschaft Altenheim für 35 000 M., den vorderen Zeinwald Groß und Stich in Mannheim für 20 000 M. und den hinteren Zeinwald Fr. Seifert von Altmühl für 40 000 M. jährlich.

Hergensdorf (Niederrhein), 28. Juni. Der Dienstrecht Michael Müller aus Weidbach (Widbg.), der bei Gastwirt Hermann Vink in Hergensdorf beschäftigt war, wollte am Freitag vormittag an einer abfahrenden Stelle einen mit Klee beladenen Wagen ohne Geleitschein zu Tal fahren. Müller verlor die Gewalt über den Wagen gerateten Wagen und kam zu Fall, so daß der Wagen über ihn hinwegrollte, wobei ihm das linke Vorderrad des Lenk einbrachte, was den sofortigen Tod des Unglücklichen herbeiführte.

Konstanz, 28. Juni. Aus einer Statistik entnehmen wir über den Fischfang im Bodensee folgende allgemein interessierende Zahlen. Die deutschen Fangergebnisse im Bodensee betragen jährlich durchschnittlich 5000 Zentner Fische, wovon über die Hälfte auf die Blaueisenfische entfallen. Ingesamt werden auf dem Bodensee rund 85 000 Zentner Fische gefangen, davon im Untersee etwa 1800 Zentner. Die Gesamtergebnisse der deutschen Bodenseefischerei beliefen sich im Jahre 1920 auf 2 663 148 K. Außerordentlich hoch sind die Betriebskosten geworden. Es kostete im Jahre 1914 das kilo Baumwollgarn 3 M., heute 360 M.; ein vollständiges Jagdnetz damals 250 M., heute 12 000 M.; ein Schwereboot 20 M., heute 1000 M.; ein Fischerboot mit Motor damals 1500 M., heute 45 000 M.

Berichtszeitung.

Heidelberg, 28. Juni. In der nächsten Schwurgerichtsperiode, die am 3. Juli beginnt, werden folgende Fälle verhandelt: 1. Pfeiffer und Genossen aus Heidelberg wegen Raubüberfalls auf einen Studenten; 2. Martin Führer aus Speyerbach wegen Raubes und Stillschleppens; 3. Gastwirt Joh. Sarch aus Baumthal wegen Totschlags; 4. Elise Müllerier aus Eppingen wegen Kindesentziehung.

Hirschberg, 28. Juni. Nach zweitägigen Verhandlungen verurteilt das Schwurgericht in Hirschberg i. Schl. den 42 Jahre alten Freiwiler und Viehhändler Bauer aus Bodenbach in der Fische-Selbstmord wegen Raubmordes zum Tode. Er hatte den Handelsmann und Fuhrwerksbesitzer Hühndorf aus Bölsdorf bei Freiburg in Schwaben auf der Landstraße ermordet und beraubt.

Sportliche Rundschau.

Mannheimer Sommer-Pferderennen.

Der Rennungsloß für den am 8. und 9. Juli erstmals auf der Mannheimer Rennbahn stattfindenden Halbblutrennen des Pferdezuchtvereins Seckenheim ist überraschend gut ausgefallen. Die einzelnen Rennen ergeben folgendes Bild:

- Erster Tag: 1. Eröffnungsrennen. Galopprennen für 3jährige und ältere Pferde im Besitz von badischen Landwirten. Distanz 1450 Meter. 9 Unterchriften. 2. Juchstrennen. Galopprennen für 2- und 3jährige Pferde aus Baden, Hessen, Pfalz. Distanz 1000 Meter. 9 Unterchriften. 3. Preis von der Pfalz. Galopprennen für 3jährige und ältere Pferde aus Baden, Hessen, Pfalz. Distanz 1450 Meter. 8 Unterchriften. 4. Preis vom Neckar. Trabreiten für 3jährige und ältere Pferde aus Baden, Hessen, Pfalz. Distanz 2400 Meter. 16 Unterchriften. 5. Preis von Seckenheim. Galopprennen für 3jährige und ältere Pferde aus Baden, Hessen, Pfalz. Distanz 1000 Meter. 16 Unterchriften. 6. Preis von Mannheim. Hürdenrennen für 3jährige und ältere Pferde. Distanz 2400 Meter. 7 Unterchriften. 7. Alt-Herren-Reiten. Galopprennen für Herren über 40 Jahre, die schon auf der Mannheimer Bahn in landw. Rennen geritten haben. (Verpflichtung für 7 Reiter.) Rennungen an der Woge. Zweiter Tag: 1. Preis vom Waldhof. Galopprennen für 3jährige und ältere Pferde im Besitz von bad. Landwirten. Distanz 1450 Meter. 8 Unterchriften. 2. Preis vom Bartsch. Galopprennen für 3jährige und ältere Pferde aus Baden, Hessen, Pfalz. Distanz 2400 Meter. 13 Unterchriften. 3. Preis vom Odenwald. Trabreiten für 3jährige und ältere Pferde aus Baden, Hessen, Pfalz. Distanz 2400 Meter. 14 Unterchriften. 4. Preis v. d. Haardt. Galopprennen für 3jährige und ältere Pferde aus Baden, Hessen, Pfalz. Distanz 1450 Meter. 8 Unterchriften. 5. Preis von Neuhelm. Galopprennen für 2- und 3jährige Pferde aus Baden, Hessen, Pfalz. Distanz 1000 Meter. 7 Unterchriften. 6. Juchstrennenpreis. Trabreiten für Juchstuten des Pferdezuchtvereins Seckenheim. Distanz 2400 Meter. 11 Unterchriften. 7. Preis vom Rhein. Hürdenrennen für 3jährige und ältere Pferde. Distanz 2400 Meter. 9 Unterchriften. 8. Preis von der Bergstraße. Galopprennen für 3jährige und ältere Pferde im Besitz von bad. Landwirten. Distanz 1450 Meter. 9 Unterchriften.

Verufung an die Stuttgarter Akademie der bildenden Künste. Das württembergische Kultusministerium hat an den Kunstmaler und Graphiker Professor Karl Caspar in München einen Ruf an die Akademie der bildenden Künste in Stuttgart als Nachfolger des verstorbenen Professors Robert v. Haug ergehen lassen.

Ein achtzigster Geburtsstag, der weitere Literaturfreize interessanter dürfte, wurde am 26. Juni in Prag begangen. Ottomar Reinold, der diesen Gedent- und Ehrenlag begeht, ist der Idealtypus eines „Liedhabers“ im besten Sinne. Mit Herzenswärme und ehelicher Bewunderung hat er sich mancher literarischen Größe genähert und Einblicke in das Leben bedeutender Persönlichkeiten gewonnen. Man dankt ihm ein lehrreiches Buch über F. Th. Vischer, mit dem er freundschaftlichen Briefwechsel pflegte und von dem er manches Antime mitzuteilen wußte.

Amundsens Nordpolflug. Amundsen beabsichtigt, auf seinem Nordpolflug auf Spitzbergen zu landen. Ein Hegeroffizier reist in diesen Tagen von Kopenhagen dorthin ab, um einen Landungsplatz auszuloten.

Die Mount-Coverell-Expedition aufgegeben. Der „Dain“ Telegraph meldet, daß die Expedition zur Besteigung des Mount Coverell aufgegeben werden mußte. Die Bergsteiger sind bis zu 8200 Meter Höhe vorgekommen, doch war es ihnen trotz der Verwendung von Sauerstoff nicht möglich, größere Höhen zu erreichen.

Kleines Feuilleton.

Der Zimmergarten im Juli. Von einer eigentlichen Zimmergärtnererei kann man nicht mehr sprechen, denn der Blumentisch und die Fensterbänke sind leer, fast alles, was Blume und Pflanze heißt, ist im Freien. Die ganze Arbeit besteht eigentlich nur im reichlichen, täglich wiederholten Gießen und Bepflanzung der Schlingpflanzen. Die durch Aussaaten und Stecklinge gewonnenen Pflanzen sind möglichst häufig zu stellen und nach Bedarf zu verpflanzen und zu verpflanzen. Es ist auch an der Zeit, Stecklinge von Pelargonien und Rosen zu machen. Die Pelargonien sind äußerst dankbar, man schneidet mit scharfem Schnitt einen Trieb mit zwei oder drei Blättern unter einem solchen oder einem Blattpaar ab und steckt ihn in leichte mit Sand vermischte Erde, je nach der Größe auch mehrere in einen Topf oder in ein Röschen. Sie sind dann sonnig zu stellen und gelegentlich zu sprengen; mehr ist nicht zu tun, sie treiben Wurzeln und wachsen an. Anders ist es mit den Rosenstecklingen, sie wurzeln erst nach vier bis sechs Wochen, müssen unter Glasbedeckung völlig geschlossen gehalten, der vollen Sonne ausgesetzt werden und sind sehr häufig zu sprengen. Für den Winter kann noch Reseda gesät werden. Man hat sich also im Zimmergarten den Juli über nicht sehr anzupflanzten.

reiten, Trostrennen unter Ausschluß der Sieger u. placierten Pferde aller vorangehenden Rennen. Distanz 1000 Meter. Rennungen an der Woge.

Da bei den landw. Rennen die Rennungen mit wenigen Ausnahmen erfüllt werden, steht diese Eröffnungsveranstaltung im Zeichen starker Felder. Die Mannheimer Halbblutrennen werden damit zur größten Veranstaltung ähnlichen Stils in ganz Süddeutschland werden.

Fußball.

Die deutsche Fußballmeisterschaft. Der Spielausschuss des Deutschen Fußballbundes, der das zweite Entscheidungsspiel um die deutsche Meisterschaft Westdeutschland übertragen hatte, hat dies zurückgezogen und vergibt die Meisterschaftsauswahlung erneut an Mitteldeutschland. Am 3. August soll in Leipzig das Spiel zwischen dem Vereindler 1. F. C. Nürnberg und dem norddeutschen Meister Hamburger Sportverein vor sich gehen.

Norddeutschland schlägt Südschweden 4:1. Im Altonaer Stadion trafen sich am Sonntag die Fußballmannschaften von Südschweden und des Norddeutschen Fußballverbandes. Nach verteiltem Spiel siegte die Einheimischen, die fast mit der gleichen Mannschaft wie bei den Deutschen Kampfspiele angetreten waren, mit 4:1, nachdem die Schweden bei Halbzeit noch mit 1:0 geführt hatten. Bei Norddeutschland wurden alle vier Tore von Jäger geschossen, der aber nicht auf der sonstigen Höhe seines Könnens war.

Schwimmen.

Die Internationalen Schwimmwettkämpfe in Leipzig, vom dortigen S. C. Poseidon veranstaltet, nahmen einen heißen Verlauf. Das schärfste Rennen des ersten Tages war die 2. Seniorlaffel 5 mal 50 Meter, in der der Leipziger S. C. 06 und Sport-Halbblut in totem Rennen einkam. Heinrich-Beipzig hatte im Großen Leipziger Schwimmbad wenig Mühe, sich Joseph-Darmund vom Leibe zu halten. Ebenso leicht war der Sieg von Kadenmacher im 100-Meter-Druffschwimmen. Auch der zweite Tag schloß sich dem ersten in jeder Beziehung würdig an. Es wurde durchweg scharf getämpft. Im Vorrundenwasserballspiel für die Deutschen Kampfsportler siegte Hellas-Wagaburg gegen W. A. C. Wien 7:4 (2:1) nach ausgezeichnetem Stellung- und Zusammenhalt. Die Wienerin Grete Adler holte sich das 100-Meter-Belleb-Schwimmen. Die 100 Meter bellebä gemann Eitner gegen Heinrich, während letzterer in den 200 Metern den Spiel umkehrte.

Pferdesport.

Die Gewinnsumme des Gestüts Well beläuft sich nach dem Siege von Hausfreund im Deutschen Derby auf 1017850 M. Der Hauptanteil fällt natürlich auf den Derbybesitzer, auf dessen Konto nach seinem Siege allein 308 100 M. entfallen. Der von Landgraf gezogene Hengst konnte bereits das Ridelrennen an sich bringen. Nach Hausfreund ist Dufikus zu nennen, der Gewinner des Hannibalrennens und des Großen Hamburger Ausgleichs mit 253 000 M.

Neues aus aller Welt.

Monte Carlo Niedergang.

Monte Carlo ist bei weitem nicht mehr so lebhaft besucht, wie vor dem Kriege. Es wird sogar behauptet, der letzte Winter sei die schlechteste Saison seit Menschengedenken gewesen. Die Franzosen haben sich wegen der ungeheuren Preise ferngehalten. Der erwartete Goldstrom aus Amerika ist ebenfalls ausgeblieben: die Dollarprinzessinnen waren schon vor dem Krieg in die Schweiz, Oesterreichern und Ungarn, die vor dem Krieg in ganzen Scharen nach Monte Carlo kamen, war aus naheliegenden Gründen nichts zu sehen. Alles in allem war das Publikum, das diesen Winter den Luxusplatz aufsuchte, nach der Auffassung der Kenner recht minderwertig.

Doch dies „minderwertige Publikum“ immetrich noch zahlungsfähig war, geht aus den ungeheuerlichen Preisen hervor, die Monaco zum teuersten Ort der Welt machen. In den mondänen Hotels kostet ein Zimmer 150 bis 200 Franken im Tag, die Mahlzeiten wenigstens ebensoviel. Im Grandhotel, dessen Preise vor dem Kriege annehmbar waren, kann man ein Zimmer nur noch für 75 Franken, das erste Frühstück für 7, das zweite für 25 und das Frühstück für 35 Franken bekommen. Berechnet man die Ausgaben für einen Aufenthalt von 14 Tagen, so erhält man einen Betrag, der die meisten abschrecken muß. Der beste Beweis, daß sich die Saison in Monte Carlo diesen Winter nicht reuirt hat, ist die Schließung der größeren Hotels.

Bevorstehende Schließung der Münchner Kinos. Nach einem Drahtbericht aus München sollen die Münchner Kinos wegen der übertriebenen Luxussteuer, bei der 40-45% von 100% Einnahmen (von der billigen Einnahme) abgeben werden müssen, im Einvernehmen mit dem Reichsverband ab 1. Juli geschlossen werden. Durch diese Maßregel würden 10 000 Angestellte betroffen werden.

Schlimmer Streich jugendlicher Drahtdiebe. Einen äußerst gefährlichen Streich begingen dieser Tage drei jugendliche Drahtdiebe aus Ehrenfeld. Es waren Knaben im Alter von 8, 12 und 14 Jahren, von denen der letztere schon bestraft ist. Sie erbrochen am Ehrenfelder Güterbahnhof das Rabelschloß und rissen die Drähte heraus, die zur Sicherung des Eisenbahnverkehrs dienen. Alle Ein- und Ausfahrtsignale verfielen, und es hätte das größte Unglück eintreten können. Gegen 30 Züge erlitten Verspätungen bis zu 2 Stunden.

Brand bei Hentel u. Co. Am Mittwoch brach in der Wochenspulverfabrik von Hentel u. Co. in Reithold bei Düsseldorf ein Brand aus, der das Gebäude, in dem wertvolle Reservematerialien untergebracht waren, und die angrenzenden Schuppen vollständig zerstörte. Der Sachschaden wird auf mehrere Millionen geschätzt. Der Fabrikbetrieb ist nicht gestört.

Bootsunglück auf dem Wannsee. Am Sonntag wurde auf dem Wannsee ein Segelboot von dem Stern-Dampfer „Berlin“ angefahren, so daß es kenterte. Von den drei Insassen des Segelbootes konnte sich nur einer retten.

Ankunft eines deutschen Personendampfers in Petersburg. Dieser Tage traf in Petersburg der erste Personendampfer aus Stettin ein. Auf ihn bestand sich das Gepäck der diplomatischen deutschen Vertretung in Rußland und außerdem eine russische Wirtschaftsdelegation, die aus Berlin zurückkehrte.

Wetterdienstnachrichten

der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Beobachtungen badischer Wetterstationen (7^u morgens)

Table with 10 columns: Station, Temp, Luftdruck, Wind, etc. Rows include Wehrheim, Königstuhl, Karlsruhe, Baden-Baden, Büllingen, Heidelberg, Badenweiler, St. Blasien.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Die am Südrande des großen nördlichen Tiefdruckgebietes auftretenden Druckstörungen bedingen eine fortdauernde Unbeständigkeit des Wetters. Nachdem am gestrigen Nachmittage Aufbebung eingetreten war, erfolgt heute erneut Trübung, nur in Südbaden ist es noch heiter geblieben. Die vom Westen vorrückende neue Druckstörung wird bald wieder Regen bringen. Auf ihrem Vorbeizug sind böige westliche bis nordwestliche Winde und weitere Abkühlung zu erwarten.

Wetterprognose bis Donnerstag, 29. Juni, 12 Uhr nachts. Neuerdings wieder Regenfälle, danach unbeständig und kühl, ziemlich böigt, nach Westen bis Nordwesten drehende Winde.

Handel und Industrie.

Von der badischen Schifffahrtsgruppe.

Generalversammlung der Rheinschifffahrts-A.-G. vorm. Fendel und der badischen A.-G. für Rheinschifffahrt und Seetransport. Ausschüttung einer Dividende von je 15%.

Heute vormittag 11 Uhr und 11 1/2 Uhr fanden erstmals in dem neuen Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes unter dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Herrn Geh. Kommerzienrat Dr. Richard Brosien, die Generalversammlungen der beiden hiesigen Schifffahrtsunternehmen statt, an der als Vertreter des badischen Staates — der bekanntlich Großaktionär ist — Finanzminister Köhler teilnahm. In der Generalversammlung der

Rheinschifffahrt Aktiengesellschaft vorm. Fendel, Mannheim vertraten 3 Aktionäre 3380 Aktien und Stimmen. Nach Eröffnung der Versammlung und Begrüßung der anwesenden Aktionäre, insbesondere des Vertreters der badischen Regierung, machte Finanzminister Köhler längere Ausführungen, in denen er einleitend darauf verwies, daß es wohl das erste mal ist, daß der Finanzminister den Aktienbesitz des badischen Staates persönlich vertritt. Dadurch soll aber nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß verschiedenes anders oder besser gemacht werden solle. Das erste aber, was er sagen möchte, ist ein Wort des Dankes an Aufsichtsrat und Vorstand für die geleistete Arbeit. Es sei bekannt, welche schwere Zeiten die Rheinschifffahrt in den letzten Jahren durchmachen mußte. In späteren Jahren werde man feststellen können, in welcher unsichtigen Weise Aufsichtsrat und Vorstand und dessen Stab von Mitarbeitern neue Gedanken und neue Wege einschlugen. Die Lösung der Fragen, die nach dem Versailler Friedensschluß herantraten, habe aufs neue bewiesen, daß in der deutschen Industrie ein Unternehmungsgestirb und eine Entschlossenheit vorhanden ist, die zu großen Hoffnungen berechtigt. Der badische Staat hat die Vertretung seines Aktienbesitzes selbst in die Hand genommen, um mit der Industrie in unmittelbarer Berührung zu stehen. Wir wollen, so führte der Finanzminister weiter aus, miteinander arbeiten und uns gegenseitig kennen lernen. Ich nehme an, daß das Verhältnis, wie es früher zwischen Staat und Wirtschaft bestanden hat, weiter bestehen bleibt. Wir wollen mit der Industrie zusammenarbeiten, nicht in bürokratischen Formen sondern an die Industrie herantreten mit den Formen, die sie sich selbst geschaffen hat und die aus einer jahrzehntelangen Erfahrung herauskommen. Es fällt uns nicht im geringsten ein, eine Art Sozialisierung, oder wie die modernen Ausdrücke heißen, durchführen zu wollen. Wir haben das größte Interesse daran, daß die private Entschlossenheit der Unternehmer erhalten bleibt. Deshalb soll die Industrie bürokratische Hommungen vom Staate in keiner Weise erfahren.

Der Vorsitzende dankte dem Redner für dessen Ausführungen, die eine Bestätigung dessen sind, was man während der ganzen Zeit der gemeinsamen Arbeit empfunden habe. Als die Rheinische Creditbank im Jahre 1911 die Aktien kaufte, machte sie dem badischen Staat den Vorschlag sich zu beteiligen. Dieser Gedanke wurde von dem damaligen Finanzminister freudig aufgenommen. Die Verhandlungen, die seitens der Rheinischen Creditbank auf das Entgegenkommendste geführt wurden, haben gezeigt, daß das Verhältnis zwischen dem badischen Staat und der badischen Schifffahrtsgruppe für beide Teile von außerordentlichem Nutzen war. Die Erhaltung des badischen Schifffahrtskonzerns ist der Verwaltung stets die größte Aufgabe gewesen. Als das Unglück kam und wir den Schiffspark von Fendel fast vollständig abgeben mußten, als wir einseitig lahm gelegt wurden, da waren es die vorzüglichen Dispositionen und die vortreffliche Geschäftsführung unserer Direktoren, ganz besonders aber unseres Generaldirektors Jaeger, der es geradezu meisterhaft verstanden hat, diese einseitige Lahmlegung weitzumachen auf eine andere Art. Wir haben bei allen entscheidenden Fragen stets die tatkräftige Unterstützung unseres Ministeriums und speziell des Herrn Finanzministers gehabt. Dafür wollen wir ihm ganz besonderen Dank. Ich kann diese Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, um auch seitens des Aufsichtsrats den verbindlichsten Dank zu sagen an Generaldirektor Jaeger, an die übrigen Vorstandsmitglieder, an die Beamten und besonders auch an die Arbeiterschaft, die unverdrossen bei der Stange bleibt.

Auf die Anfrage eines Aktionärs über die Verhandlungen betreffs der Wasser-Frachtgestaltung nach Süddeutschland, der von der Bahn immer noch schwere Konkurrenz gemacht wird, entgegnete Generaldirektor Jaeger, daß die Verhandlungen leider auf einem ziemlich toten Geleise angelangt sind. Sie schweben zwar noch, doch bestehe für die Anträge der Schifffahrt, die von Industrie und Handel unterstützt wurden, für die nächste Zeit keine Aussicht auf Erfolg.

Finanzminister Köhler erklärte, daß die badische Regierung auf demselben Standpunkt stehe wie die badische Rheinschifffahrt. Aber der Vorredner habe Recht, daß in der nächsten Zeit die Aussicht auf Erfüllung der Wünsche nicht groß ist. Die badische Regierung sei erst in den letzten Tagen wieder vorstellig geworden, daß der Kampfarif gegen die Schifffahrt endlich abgebaut werde. Man hat dies auch in Aussicht gestellt, aber zugleich betont, daß es gegenwärtig nicht möglich ist, den Tarifumbau vornehmen zu können. Auch die anderen Regierungen schließen sich der badischen Regierung an.

Der Betriebsrat der Arbeiter ließ durch seinen Sprecher mitteilen, daß der Deutsche Transportarbeiter-Verband in dieser Frage denselben Standpunkt einnehme. Denn für die Arbeiter stehe dabei sehr viel auf dem Spiel.

Die Regularien wurden hierauf genehmigt und Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Die Infolge der Schiffsabgabe bei Fendel erforderliche Abänderung des Vertrages vom 10. Mai 1919 zwischen der Badischen A.-G. für Rheinschifffahrt und Seetransport und der Rheinschifffahrts-A.-G. vorm. Fendel wurde gleichfalls genehmigt und die Herren Ministerialrat Dr. Robert Müse-Karlsruhe und Generaldirektor Dr. h. c. Friedrich Kruse neu in den Aufsichtsrat gewählt.

In der sich anschließenden Generalversammlung der Badischen Aktiengesellschaft für Rheinschifffahrt & Seetransport, Mannheim,

in der 5 Aktionäre 2778 Aktien vertraten, wurden sämtliche Punkte der Tagesordnung glatt genehmigt und die Herren Ministerialdirektor Dr. Robert Müse-Karlsruhe und Großindustrieller Otto Wolf-Cöln neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Schifffahrt.

Schiffs-Nachrichten der Holland Amerika Linie, Rotterdam. Der Dampfer „Rotterdam“, am 17. Juni von New York abgefahren, ist am 27. Juni in Rotterdam angekommen.

